



**Rede von Regierungspräsident Dr. Guy Morin anlässlich
der Delegiertenversammlung der Grünen Partei Schweiz,
9. April 2011, Restaurant Union Basel**

Regierungspräsident Dr. Guy Morin

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Grüne Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
Liebe Gäste

Seid willkommen in Basel – willkommen im Anti-AKW-Kanton!
Willkommen Claudia Roth, Du wirst uns ja Neues über die Anti-
Atom-Bewegung in Deutschland berichten.

Willkommen liebe Grüne Parlamentarierinnen und Parlama-
ntarier, Exekutivmitglieder und Delegierte. Willkommen auch im
Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt.

Basel-Stadt ist bekanntlich seit 2005 rot-grün regiert. Das rot-
grüne Basel ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben innerhalb von

sechs Jahren die Staatsschulden halbiert auf CHF 1,8 Milliarden. Zwei Milliarden Schulden haben wir trotz Steuersenkungen den Banken zurückzahlen können. Unsere Wirtschaft ist während der Finanzkrise nicht in eine Rezession gefallen. Wir haben in den letzten Jahren regelmässig überdurchschnittliche Wachstumsraten und in Prozenten eine tiefe Arbeitslosigkeit gehabt. Eine Familienbefragung hat uns zudem gezeigt, dass 90% unserer Familien gerne oder sehr gerne in Basel leben. Das rot-grüne Basel ist also eine Erfolgsgeschichte – und zwar für die ganze Basler Bevölkerung und die ganze Region. Das ist in der übrigen Schweiz wenig bekannt.

Man kennt die Basler in der Schweiz als „böse Buben“. Fast so böse wie die „Grünen“. Ausgefallen, Unangepasst, Querdenker. Nehmen wir als Beispiel die für viele befremdliche Haltung Basels in der Energiepolitik und in der Atomkraftfrage.

Wisst ihr, warum sich die Basler Regierung seit 2005 mit einem namhaften Geldbetrag am Trinationalen Atomschutzverband beteiligt? Warum sie zuhanden der Bundesbehörden regelmässig eine ablehnende Stellungnahme über den Bau neuer Atomkraftwerke schreibt? Warum sie in einem kürzlich gefassten Regierungsratsbeschluss Bundesrätin Leuthard auffordert, sich

in Paris bei der Umweltministerin für die Abschaltung des AKW Fessenheim stark zu machen?

Warum? Weil der Staat Basel-Stadt in der Kantonsverfassung darauf verpflichtet wird, ich zitiere, „sich gegen die Nutzung von Kernenergie zu wenden und keine Beteiligungen an Kernkraftwerken zu halten“. Diese Verfassungsbestimmung ist vom Bund - mit Zähneknirschen im Ständerat - gewährleistet worden. „Böse Buben“, die Basler! Diese Bestimmung gehört in die Verfassung aller anderen 25 Kantone. Vorgängig verlangte bereits seit dem 14. Dezember 1978 ein Gesetzestext dasselbe: Unser Gesetz betreffend den Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken ist in der Volksabstimmung am 12. Juni 1977 vom Basler Stimmvolk mit grossem Mehr angenommen worden. Und damals mussten die Ständeräte nicht die Zähne ihrer Gebisse strapazieren. Das machten die Basler in kantonaler Autonomie und Eigenregie. So sind wir halt!

Dass Basel-Stadt seit dreissig Jahren ohne Atomstrom auskommt, ist für das Tagesanzeiger-Magazin von heute ein grosses Rätsel. Aber es ist wirklich keine Hexerei: Es reicht ein Zehnzeiler in einem einzigen Paragraphen eines kantonalen Gesetzes - oder ein Zweizeiler in der Kantonsverfassung! Basel

hat schon 1983 seine Anti-Atompolitik mit einem modernen Energiegesetz begleitet. Es war ein Energiespargesetz, das einschneidende Massnahmen verlangte wie z.B. ein Verbot von Elektroheizungen und eine obligatorische Wärmerückgewinnung in dezentralen Anlagen zur Elektrizitätserzeugung. Seit der Revision von 1998 haben wir eine Lenkungsabgabe auf Strom. Und mit dem Energiesparrappen gewinnen wir jährlich 10 Millionen Fördergelder für erneuerbare Energien. Seit 2009 haben wir die strengsten Wärmedämmvorschriften der Schweiz und eine unbegrenzte Einspeisevergütung für Solarstrom. Es ist eines der fortschrittlichsten Energiegesetze Europas, das fortschrittlichste der Schweiz.

In den Augen währschafter Schweizer sind wir darum die „bösen Buben“. Und ich selber bin ein ganz speziell „böser“ Fall, wie ich hier bekennen muss. Denn ich habe auf meinem Dach vor 12 Jahren ein Solarpanel montiert, von dem heute niemand mehr genau weiss, ob eine Baubewilligung vorliegt oder nicht. Die Frage ist bedeutend, weil mein Wohnquartier unter Schutz steht. Und jetzt beobachte ich vergnügt, wie meine Nachbarn, einer nach dem andern, auf ihren Dächern meine Solarpanels nachahmen. Ich wage sie nicht zu fragen, wie genau das bei ihnen mit der ordentlichen Baubewilligung steht. Aber ich male

mir aus, wie das wohl heute aufgenommen würde, wenn das Bauinspektorat einen Rückbau der Solarpanels verlangen würde. Mangels ordentlicher Baubewilligung. Und wegen des Stadtbildes!

Dieses heitere Gedankenspiel zeigt eindrücklich den Wertewandel in unserer Gesellschaft. Wenn wir, nein WEIL wir aus der Atomkraft aussteigen, müssen wir erneuerbare Energiequellen erschliessen. Das wird auch das Bild unserer Siedlungen und Landschaften verändern. Windturbinen statt Kühltürme. Solardächer statt Kupferblech und Ziegelsteine. Ein Speichersee zuhinterst in einem Alpental. Wir müssen uns entscheiden. Auch wenn Interessenskonflikte bestehen, müssen wir Grüne in solchen Fragen lösungsorientiert und pragmatisch vorgehen. Die billige Masche der SVP, welche Probleme lautstark verschreit und jede Problemlösung dann ebenso pathetisch verhindert, kommt für uns nicht in Frage. Wir wollen unsere Energieproduktion weitgehend dezentral und ohne CO² und ohne Atomabfall oder Atomgefahr organisieren. Das darf man in unseren Siedlungen und Landschaften sehen und zeigen.

Wisst ihr, warum die AKW in Kaiseraugst, in Wyhl am Kaiserstuhl, in Schwörstadt nie gebaut worden sind? Wie es dazu kam?

In einer beispiellosen Bürgerbewegung, die über die drei Landesgrenzen hinweg gut koordiniert zusammenarbeitete, verhinderten monatelange Platzbesetzungen und viele couragierte Einzelaktionen den Bau dieser Atomkraftwerke. Das liegt bald 40 Jahre zurück. Als junge Besetzer beteiligten sich viele unter uns heutigen Basler Grünen an diesem erfolgreichen Bürgerprotest. Er war so breit verankert in der Bevölkerung, dass viele der damals Aktiven auch in anderen Parteien ihre Zukunft gefunden haben. Auch im damaligen Freisinn, im Landesring, in der SP. Den Besetzern bleibt aber unvergessen, dass die Federführung für das AKW Kaiseraugst bei Bundesrat Willy Ritschard lag, dem sympathischen Genossen aus Solothurn.

Den AKW-Widerstand hat also nicht wirklich die SP erfunden. Aber diese breite Front mit vielen verlässlichen Partnern, die brauchen wir auch heute wieder. Wir wollen ja nach den katastrophalen Ereignissen in Fukushima im dritten Anlauf den endgültigen Ausstieg aus dieser Atomtechnologie endlich besiegeln. Bürgerbewegung – Umweltbewegung: das sind wir, die

Grüne Partei! Wir sind das Original. Und wir freuen uns über alle neuen Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Aber wir lassen uns unsere Forderungen nicht verwässern. Im konkreten Fall des AKW-Kampfs: Wer nicht den totalen Ausstieg gesetzlich verankern will, ist kein AKW-Gegner – sondern er gehört zu den Hasardeuren, die auch nach Fukushima noch nichts gelernt haben.

In 32 Jahren 3-mal ein Super-Gau. Es reicht!

Darum die bohrende Frage, die jetzt im Raum steht: Was ist ein sicheres Atomkraftwerk?

Antwort: Es gibt 2 Sorten eines sicheren Atomkraftwerkes:

1. ein abgestelltes Atomkraftwerk, und
2. ein nicht gebautes Atomkraftwerk!

Heute lancieren wir an unserer DV die Initiative zum Abstellen, den Atomausstieg bis 2024. Damit setzen wir heute den Anfang vom Ende des Atomzeitalters.

Tragische Umstände, deren Opfer in Japan wir aufrichtig bedauern, bilden den Kontext dieser Delegiertenversammlung in Basel. Unsere alten, vierzig Jahre alten Überzeugungen haben

über Nacht an Plausibilität für die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung gewonnen. So zuversichtlich wie heute war ich noch nie, dass das Atomzeitalter dem Ende zugeht.

Ich freue mich auf diese DV. Und ich bin stolz, dass wir Ihnen zu den heutigen Themen Anti-Atomkraftbewegung und Energiewende hier in Basel einiges zu bieten haben. Ich wünsche allen National- und Ständeratskandidatinnen und -kandidaten im kommenden Wahlkampf einen vollen Erfolg. Ich will gerne nach Kräften zu diesem Erfolg beitragen. Und ich mache das von dem Ort aus, an dem ich stehe: ich werbe für das Erfolgsmodell unserer rot-grünen Kantonsregierung. Ich stehe ein für die Kombination von hartnäckiger Beharrlichkeit in unseren grünen Themen und einem lösungsorientierten Pragmatismus, der zum Regieren in unserem Land gehört. Dieses Credo zur Exekutivpolitik gilt auf der Ebene unserer Gemeinde- und Kantonsregierungen – aber es wird sich auch bewähren, wenn wir Einzug in den Bundesrat nehmen. Das kann schnell gehen: wir haben es bei unseren deutschen Nachbarn erlebt.